

Warum die Schweiz grosszügig Kriegsflüchtlinge aufnehmen, gleichzeitig aber die Grenze streng kontrollieren sollte

Andreas Glarner und die Heuchelei seiner Kritiker

Von Christian Keller



Im Unterschied zu SP-Präsident Christian Levrat, der zwar gerne mit dem rhetorischen Zweihänder gegen unbequeme Journalisten austeilte, sich dann aber vor Interviews mit denselben drückt (siehe BaZ vom 27. April), hat sich SVP-Nationalrat Andreas Glarner – ein scharfer Kritiker der Asylpolitik von Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) – gestern den harten Fragen des *Tages-Anzeigers* gestellt. Um dieses Interview entstand nach Erscheinen sogleich eine von Hunderten Online-Kommentaren begleitete Kontroverse, und selbst der neue SVP-Chef Albert Rösti sah sich veranlasst, Aussagen des Aargauer Fraktionskollegen im *Blick* ins rechte Licht zu rücken.

Dass sich die Schweiz «mit Stacheldraht abriegeln» müsse, wie es Glarner verlangte, mache «aktuell keinen Sinn». Die SVP sei für Grenzkontrollen, «wir können aber sicher nicht alles abriegeln». Auch der Satz, wonach einzig die Syrer bedroht seien und nur sie Anspruch auf Asyl hätten, wurde von Rösti korrigiert. Die Herkunft spiele keine Rolle: Wer an Leib und Leben bedroht sei, habe Anspruch auf Schutz in der Schweiz.

Dass sich Glarner im lesenswerten Schlagabtausch mit den *Tages-Anzeiger*-Journalistinnen Claudia Blumer und Anja Burri zu überspitzten Formulierungen hinreissen liess, ist sicherlich unglücklich. Gegenüber der BaZ äusserte er sein Bedauern, in der Hitze des Gefechts übertriebene Begriffe wie «Stacheldraht» verwendet zu haben. Bezüglich den Syrern habe er zum Ausdruck bringen wollen, dass diese im Unterschied zu vielen anderen

Schein-Flüchtlingen aufgenommen werden sollten. Natürlich könne die Schutzbedürftigkeit auch auf Migranten aus anderen Staaten zutreffen.

Der 53-jährige Unternehmer, der als Gemeindeammann von Oberwil-Lieli Berühmtheit erlangte, weil er die Aufnahme von Asylsuchenden boykottiert und stattdessen lieber 290 000 Franken an den Kanton Aargau überweist, hat in der SVP einen steilen Aufstieg hingelegt. Unlängst wurde ihm die Verantwortung für das zentrale Asylossier übertragen. Um den Gegnern, die nur auf solcherlei Chancen warten, keine unnötigen Angriffsflächen mehr zu bieten, wird sich Glarner künftig überlegter ausdrücken müssen.

Nicht vom Wesentlichen ablenken

Es wäre nun aber vollkommen falsch, wegen einer lächerlichen Wortklauberei-Debatte das eigentliche Thema, nämlich die wachsenden Missstände in der Schweizer Asylpolitik auszublenden. Im Kern hat Glarner im *Tages-Anzeiger* scharfsinnig analysiert, wo die Probleme liegen – und handfeste Vorschläge präsentiert, wie sie entschärft werden können.

Die Gutmenschen sollten sich einmal selbstkritisch im Spiegel anschauen.

Es muss an dieser Stelle wieder einmal in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht werden: Der Umgang mit der «eskalierten Migration» (die Bezeichnung entstammt dem neusten Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes) ist noch immer an Heuchelei nicht zu übertreffen. Die Gutmenschen, welche Andreas Glarner und andere Befürworter einer restriktiveren Asylpolitik in die Grusel-Ecke stellen, sollten sich



Aufruf zum Widerstand. SVP-Nationalrat Andreas Glarner gehört zu den schärfsten Kritikern der Asylpolitik von Simonetta Sommaruga. Foto Keystone

einmal selbstkritisch im Spiegel anschauen. Wer trägt denn eigentlich die Schuld daran, dass Männer, Frauen und Kinder, ja ganze Familien im Mittelmeer schrecklich zu Tode kommen?

Es ist geradezu pervers, wie das Anreizsystem funktioniert, das täglich zu einer humanitären Katastrophe auf hoher See führt. Nur weil die ausreisewilligen, meist von ökonomischen Motiven getriebenen Menschen in ärmlichen Erdteilen davon ausgehen können, mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Schweiz oder anderen europäischen Zielländern Asyl zu erhalten, nehmen sie die lebensgefährliche Anreise überhaupt auf sich. Ausschliesslich aus diesem Grund sind sie bereit, ihre Ersparnisse und ihr Schicksal in die Hände skrupelloser Schlepperbanden zu geben.

Ich weiss nicht, wie jemand ruhigen Gewissens schlafen kann, der die aktuelle Asylpolitik gutheisst. Sie folgt dem verwerflichen Grundsatz: Wenn

ihr euch bis in die Schweiz durchschlagen könnt, nehmen wir uns gerne euren an. Solltet ihr aber zuvor vor den Stränden, wo wir im Sommer unsere Badeferien verbringen, jämmerlich ertrinken, habt ihr eben Pech gehabt.

Nein, mit dieser abscheulichen Praxis muss endlich Schluss sein. Mit der Asylgesetzrevision, welche die Verfahren zwar beschleunigt, die Aufnahmequoten aber nicht senkt, wird das Flüchtlingsdrama jedoch unverändert fortgeführt. Umgesetzt werden muss vielmehr Glarner's Ansatz: «Systematische Grenzkontrollen hätten als Signal eine extreme Auswirkung auf die Migration.» Er hat recht – und ist mit seiner Haltung inzwischen auch nicht mehr alleine. Die Osteuropäer haben längst gehandelt: Wegen den verpönten, aber wirksamen Grenzzäunen wurde ein Durchkommen auf der Balkanroute stark erschwert. Österreich plant am Brenner ein ähnlich strenges Regime aufzuziehen. Und

Frankreich hegt keinerlei Absichten, die wieder eingeführten Grenzkontrollen einzustellen. Es gibt keinen Grund, weshalb die Schweiz diesen Beispielen nicht folgen sollte.

Notwendig ist aber auch die Rückkehr zu einem Asylwesen, das konsequent nur jene Antragssteller berücksichtigt, die einer ernsthaften Bedrohung ausgesetzt sind. Die Hoffnung auf ein besseres Leben darf kein Aufnahmekriterium sein. Die verheerenden Folgen zeigen sich am Beispiel Eritrea: Seit in der Schweiz die Dienstverweigerung als Asylgrund akzeptiert wird – wohlgeachtet gegen den Willen des Volkes – hat sich die eritreische Diaspora in nur zwölf Jahren von 1700 auf 30 000 Personen vergrössert. 80 Prozent leben von der Sozialhilfe. Der Zuwachs setzt sich ungebremst fort. Eine unverantwortliche Entwicklung, denn auf die Dauer wird das Sozialsystem diese Belastung nicht ertragen.

Hilfe für Kriegsflüchtlinge

Engagiert und hilfsbereit sollte sich die Schweiz hingegen im Umgang mit Kriegsflüchtlingen zeigen. Für Glarner eine Selbstverständlichkeit: «Wir würden an Leib und Leben Bedrohte aufnehmen, das haben wir auch während des Bosnienkrieges gemacht.»

Die Schutzbedürftigkeit von Syrern, Irakern oder Afghanen, die sich den Klauen des IS zu entziehen versuchen, ist unbestritten. Die Bemühungen sollten in erster Linie darauf abzielen, die Vertriebenen in sicheren Zonen nahe der Krisenregion unterzubringen und zu versorgen. Sofern dies nicht möglich ist, sollte die Schweiz Kontingente übernehmen – und die Kriegsflüchtlinge mit sicheren Flugtransporten ins Land bringen.

Niemand müsste Schlepptour zahlen. Und niemand müsste um sein Leben fürchten.

christian.keller@baz.ch

Bilaterale haben gegenüber SVP-Initiative Priorität

Vox-Analyse zu den Volksabstimmungen am 28. Februar zeigt starken Links-rechts-Graben auf

Bern. Der Erhaltung der bilateralen Verträge wird gemäss einer Umfrage derzeit klar Priorität gegenüber der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative (MEI) eingeräumt. Rund zwei Drittel der Stimmenden würden sich für die bilateralen Verträge entscheiden. Das Forschungsinstitut gfs Bern und die Universität Genf haben in einer Analyse der Volksabstimmung vom 28. Februar 2016 zwei Zusatzfragen über den Themenbereich der Zuwanderung und der bilateralen Verträge gestellt, wie sie gestern mitteilten.

Wenn sie zwischen der Umsetzung der MEI und der Erhaltung der bilateralen Verträge wählen müssten, würde sich eine klare Mehrheit für die bilateralen Verträge entscheiden, heisst es. Die Bereitschaft, den bilateralen Verträgen Priorität einzuräumen, sei bei der Anhängerschaft der Mitte-links-Parteien besonders hoch, während die Stimmenden, die sich dem äusseren Rand des politischen Spektrums zugehörig fühlten, der Umsetzung der Initiative eindeutig den Vorrang geben wür-

den. Insgesamt war der Stimmentcheid zu den Abstimmungsvorlagen vom 28. Februar stark durch den Links-rechts-Graben geprägt, wie aus der Vox-Analyse weiter hervorgeht.

Die Durchsetzungs-Initiative habe zum «Zusammenprall» von Mitte-Links und konservativen Rechten geführt. Das sei derzeit bei Vorlagen, welche die Öffnung der Schweiz oder die Einwanderungs- beziehungsweise Ausländerpolitik betreffen, häufig der Fall.

Höhere Bildung – mehr Ablehnung

Für das Nein zur Durchsetzungs-Initiative seien aber weder Geschlecht noch Alter ausschlaggebend gewesen. Die jüngeren Jahrgänge hätten zwar stark mobilisiert, doch sie hätten damit nicht mehr zur Ablehnung beigetragen als die übrigen Altersklassen.

Die Unterstützung der Initiative sei mit steigendem Bildungsniveau rückläufig gewesen, schrieben die Analysten weiter. Die Initiative sei von Angestellten des öffentlichen Sektors recht massiv verworfen worden, im Privatsektor

Tätige hätten sie aber fast zu 50 Prozent unterstützt. Die beiden Hauptgründe für die Ablehnung der Volksinitiative seien der allzu extreme und unverhältnismässige Charakter der Initiative und juristische Überlegungen gewesen. Am wenigsten habe die Behauptung überzeugt, die «vom Parlament beschlossene Umsetzung der Ausschaffungs-Initiative entspreche dem Volkswillen nicht».

Verhängnisvolle Ehedefinition

Für das Ja zum Bau eines zweiten Gotthard-Tunnels habe das Argument, die zweite Röhre sei zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit unerlässlich, am meisten zu überzeugen vermocht. Zwei Drittel der Stimmenden hätten diesem Argument beigepflichtet. Das Anliegen der Sicherheit dürfte demnach eine ziemlich entscheidende Rolle gespielt haben, wie es weiter heisst. Alle Stimmenden hätten ungeachtet dessen, ob sie ein Ja oder ein Nein in die Urne gelegt hätten, das Argument bestätigt, wonach «die zweite Fahrspur trotz dem Versprechen des

Bundesrats früher oder später für den Verkehr geöffnet werde».

Beim knappen Nein zur Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» habe das Hauptargument der Initiativgegner am meisten Unterstützung gefunden, wonach das Volksbegehren eine enge Ehedefinition vorschlage, die gleichgeschlechtliche Paare diskriminiere. Die Vox-Analyse kommt zum Schluss, dass einige Gegner wohl ein Ja zur CVP-Initiative eingelegt hätten, wenn die Kontroverse hinsichtlich der engen Ehedefinition nicht bestanden hätte, womit die Initiative angenommen worden wäre.

Als Hauptgrund für die Ablehnung der Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» ist gemäss der Abstimmungsanalyse die geringe Wirksamkeit genannt worden.

Für die repräsentative Umfrage wurden 1509 stimmberechtigte Personen innerhalb von zwei Wochen nach der Volksabstimmung einbezogen. Die Fehlermarge liegt bei rund plus/minus 2,6 Prozent. SDA

Mehr Hinweise auf Jihadismus

Verdachtsfälle in der Armee haben 2015 zugenommen

Bern. Bei der Fachstelle Extremismus in der Armee sind im vergangenen Jahr zehn Meldungen und Anfragen wegen jihadistisch motiviertem Extremismus eingegangen. Im Vorjahr waren es lediglich vier gewesen.

Bei den gemeldeten Fällen handelte es sich hauptsächlich um Hinweise auf eine mögliche Radikalisierung, beispielsweise aufgrund von Einträgen in sozialen Medien. In keinem einzigen Fall sei es dabei um Gewalttaten gegangen oder um Vorkommnisse, die die Sicherheit gefährdet hätten, teilte das VBS gestern mit. Relevante Fälle seien der Polizei gemeldet worden. Insgesamt befasste sich die Fachstelle Extremismus in der Armee letztes Jahr mit 34 Meldungen und Anfragen. 16 davon waren dem Rechtsextremismus zuzuordnen, zwei dem Linksextremismus, wie aus einem Bericht hervorgeht.

Die Zahl von 34 Meldungen 2015 entspricht laut VBS der Grössenordnung der letzten Jahre. SDA

ANZEIGE

diga
möbel

MUTTERTAG.

Wir sagen «Danke»!



Freitag/Samstag
6./7. Mai 2016

12% + 5%
Muttertags-Rabatt
auf das gesamte reguläre Sortiment

- ✓ Gratis Lieferung
- ✓ Gratis Montage

1023 Crissier/VD	8854 Galgenen/SZ
8953 Dietikon/ZH	4614 Hägendorf/SO
8600 Dübendorf/ZH	3421 Lyssach/BE
6032 Emmen/LU	4133 Pratteln/BL
1763 Granges-Paccot/FR	9532 Rickenbach b. Wil/TG

I d' d'iga muesch higa!

www.diga.ch